
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

LÄRMOBERGRENZEN AM FRANKFURTER FLUGHAFEN

24.05.2016

- **Flughafen Frankfurt und Luftverkehr nicht weiter belasten**
- **Schwarz-grüne Landesregierung gefährdet hessische Arbeitsplätze**

Florian RENTSCH, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, unterstützt die heute von der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) vorgetragene Kritik an den Plänen der schwarz-grünen Landesregierung, die durch Lärmobergrenzen sowie eine höhere Luftverkehrssteuer und Steuern auf Kerosin die Wettbewerbsfähigkeit des Flughafens Frankfurt und der deutschen Fluggesellschaften massiv schwächen wollen.

„Die deutschen Fluggesellschaften und damit auch der Flughafen Frankfurt stehen gegenwärtig unter massivem Wettbewerbsdruck? durch außereuropäische Airlines. Wer in dieser schwierigen Situation die Lage für die Lufthansa und Co. durch einseitige Maßnahmen künstlich weiter verschärft, gefährdet Arbeitsplätze und zukünftige Wachstumschancen in Hessen. Alleine am Flughafen Frankfurt sind mehr als 80.000 Menschen beschäftigt. Im Umfeld hängen weitere zehntausende Arbeitsplätze vom Erfolg unseres Luftverkehrsdrehkreuzes ab. Leider tut diese Landesregierung jedoch alles dafür, diesen Wachstums- und Jobmotor abzuwürgen.“

Rentsch weiter:

„Weitere Einschränkungen in den Flugbetrieb, wie verschärfte Lärmobergrenzen, machen den Flughafen Frankfurt langfristig kaputt. Wenn wir an der weltweiten Entwicklung des Flugverkehrs nicht mehr teilnehmen, werden über kurz oder lang die großen Fluggesellschaften den Standort Frankfurt als ihr zentrales Drehkreuz in Frage stellen. Wir wollen jedenfalls, dass Frankfurt ein international bedeutsames Wirtschaftszentrum

und Hessen ein erfolgreiches Exportland bleibt und das geht nur mit einem wettbewerbsfähigen Flughafen.

Das Gutachten der Bundesregierung zur Entwicklung eines nationalen Luftverkehrskonzeptes unterstreicht genau unsere Position, denn es rät dringend von allen einseitigen Belastungen ab, die Frankfurt gegenüber anderen europäischen Standorten zusätzlich schwächen.

Lärmbelastungen gehen durch eine bessere Auslastung der Airlines und den Trend zu deutlich leiseren Flugzeugen zurück. Die Fluggesellschaften benötigen dafür jedoch auch die finanziellen Mittel für Investitionen, welche durch höhere Steuern und Abgaben genau an der falschen Stelle entzogen werden. Die Rechtsgrundlage für den Flugbetrieb am Flughafen Frankfurt ist klar geregelt und bedarf keiner weiteren einseitigen Verschärfungen. Es gibt Lärmbegrenzungen, ein Nachtflugverbot sowie sehr viele weitere Maßnahmen im Sinne des passiven und aktiven Lärmschutzes.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de